

Der neoliberale Grundwiderspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit

»Umfang und Einfluß der ökonomischen Theorie haben längst jene Grenzen gesprengt, die mit den Postulaten des axiomatischen Systems eigentlich gesetzt waren. Die Marktfundamentalisten verwandelten eine axiomatische, wertneutrale Theorie in eine Ideologie, die das politische und ökonomische Verhalten nachhaltig und gefährlich beeinflusst. Wie Werte, die nur auf dem Markt Geltung haben sollten, so massiv in gesellschaftliche Bereiche vordringen können, in denen sie eigentlich nichts zu suchen haben, ist eine der Schlüsselfragen...«

George Soros: *Die Krise des globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr*, Alexander Fest Verlag, Berlin (1998), p. 79.

Für den Übergang von der "Cowboy-Wirtschaft" zur "Astronauten-Wirtschaft"¹⁾ haben Ökonomen frühzeitig einige Restriktionen formuliert: »Eine 'erfolgreiche' Umweltschutzpolitik darf sich ... nicht nur nach dem Postulat einer störungsfreien Umwelt richten, sondern muß gleichzeitig die Bedingungen wirtschaftlicher Vertretbarkeit beachten.« Umweltpolitik gleicht »einer Gratwanderung zwischen weiterer Umweltgefährdung, gelungener Anlastung sozialer Zusatzkosten und volkswirtschaftlicher Depression.«²⁾ Mit diesem Statement hat der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen vor 25 Jahren in seinem ersten Umweltgutachten den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie in der Wissenschaft hoffähig gemacht und politisch in Szene gesetzt. Die Konfliktthese gehört seither zum vermeintlich sicheren Bestand ökonomischen Wissens. Sie hat paradigmatische Qualität. Ökonomen begründen den Konflikt mit der »Beanspruchung des gesamtwirtschaftlichen Ergebnisses für den Umweltschutz.«³⁾ Ökologen haben dem nichts entgegenzusetzen – sie formulieren die Konfliktthese nur anders: ihre Sorge ist die Beanspruchung der Umwelt für das Wirtschaftswachstum. Mit welchen Herausforderungen ist die Umweltpolitik konfrontiert, wenn Wachstumsraten realisiert werden, unter denen Vollbeschäftigung erreicht und gesichert werden kann? Inwiefern ist Wachstumsverzicht eine Option

auf dem Weg zur Nachhaltigkeit? Was hat hierzu der Neoliberalismus zu bieten?⁴⁾

Wachstumsarithmetik versus Koeffizienz

Um in Deutschland Vollbeschäftigung in beispielsweise fünf Jahren zu erreichen, ist eine Ausdehnung des Arbeitsvolumens um mindestens zwei Prozent je Jahr (2% p.a.) erforderlich. Das bedeutet bei einer Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität von etwa 3% ein mittelfristiges wirtschaftliches Wachstum von rund 5%. Zur Stabilisierung des Vollbeschäftigungsstandes muß danach das Wirtschaftswachstum so hoch sein wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Unter diesen Annahmen wäre das reale Bruttoinlandsprodukt in etwa 20 Jahren doppelt so groß wie heute.

Für die bloße Erhaltung der gegenwärtigen Umweltqualität ist eine solche Entwicklung eine gewaltige Herausforderung. Soll beispielsweise der Materialeinsatz auch nur konstant gehalten werden, dann muß entschieden sparsamer und effizienter damit umgegangen werden. Eine Ressourceneinheit muß ausreichen, um ein doppelt so großes Endprodukt herzustellen. Die Ressourcenproduktivität muß also im Laufe von 20 Jahren verdoppelt werden, das heißt sie muß in jahresdurchschnittlichen Raten von 3,5% steigen. Und um die CO₂-Emissionen auf dem heutigen Niveau zu halten, ist eine Halbierung der Emissionen pro Sozialproduktseinheit notwendig. Doch für den Einstieg in eine nachhaltige Entwicklung reicht das noch nicht aus. Sollen der Materialinput oder die CO₂-Emissionen im angenommenen Zeitraum beispielsweise halbiert werden, so muß die Ressourcenproduktivität beziehungsweise die Energieeffizienz sogar um den Faktor vier steigen. Mit anderen Worten, Materialeinsatz und CO₂-Emissionen pro Einheit Sozialprodukt müssen auf ein Viertel des heutigen Niveaus zurückgehen. Das entspricht einer Steigerung ihrer Produktivität um jahresdurchschnittlich 7%.⁵⁾

Zur Verwirklichung von Produktivitätsfortschritten in solchen Größenordnungen sind ökonomisch-technische Anpassungsleistungen erforderlich, die bezogen auf die Gesamtwirtschaft jenseits aller historischen Erfahrungen liegen. Selbst beim Faktor Arbeit sind solche Steigerungsraten der Produktivität nie erreicht worden. Im langfristigen Durchschnitt steigt die Produktion pro Arbeitsstunde um etwa drei Prozent. Deshalb ist es geboten, die Politik der Nachhaltigkeit durch eine Strategie des Verzichts auf Wachstum zu flankieren. Ohne eine offensive strategische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Stationarität führt das ökonomische Wachstum letztlich

¹⁾ K.E. Boulding: "The Economics of the Coming Spaceship Earth", in H. Jarrett (Ed.): *Environmental Quality in a Growing Economy*, Johns Hopkins University Press, Baltimore MD (1968).

²⁾ Vergleiche SRU: *Umweltgutachten 1974*, Deutscher Bundestag, Drucksache 7/2802, Ziff. 614; Kohlhammer, Stuttgart (1974).

³⁾ Michael Hüther, Hubert Wiggering: "Wider den umweltpolitischen Imperialismus", *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (17. Juli 1999), p. 15. Die Autoren sind die Generalsekretäre des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen.

⁴⁾ Vergleiche zum Kontext der hier diskutierten Fragestellung auch G. Maier-Rigaud: "Folgen des Neoliberalismus für Beschäftigung und Umwelt", in A. Renner, F. Hinterberger (Ed.): *Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus – Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft*, Nomos, Baden-Baden (1998), p. 157–174.

⁵⁾ Hinweis: Arbeitsproduktivität ist definiert als Output pro Erwerbstätigen oder Erwerbstätigenstunde. Ressourcen- beziehungsweise Energieproduktivität meint entsprechend den Output pro Ressourcen- beziehungsweise Energieeinheit. Die ökonomische Fragestellung dazu heißt beispielsweise: Um wieviel Prozent stieg im Jahresvergleich der Output bei gegebenem Arbeitseinsatz? Der Begriff Effizienz zielt auf den gleichen Sachverhalt. Die Frage lautet aber hier: Um wieviel Prozent konnte der Input (Energie, Arbeit, Ressourcen) im Jahresvergleich bei unverändertem Output verringert werden?

jeden ökologischen Fortschritt *ad absurdum*. Für eine "Entwicklung" zur Stationarität gibt es prinzipiell zwei Optionen:

- Wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität als dem Marktsystem inhärent betrachtet, so kann das daraus folgende Wachstum nur durch *Arbeitszeitverkürzung* absorbiert werden. Das gilt auch für das Wachstum, das aus der Beschäftigung von heute Arbeitslosen folgt. In der Logik der hier zugrundegelegten Arithmetik heißt das eine Reduktion der Arbeitszeit um jährlich etwa 3.5%. In zwanzig Jahren beträgt die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit dann bei insgesamt gleichen Einkommen wie heute noch nicht einmal 20 Stunden. Unter solchen Bedingungen führt jeder Anstieg der Ressourcenproduktivität oder der Energieeffizienz zu einer absoluten Verringerung der Umweltbelastung und ist somit ein Schritt in Richtung Nachhaltigkeit.

- Ein anderer Weg zu einem stationären Zustand führt über die allmähliche *Drosselung der Produktivitätsentwicklung*. Das Erreichen einer stagnierenden Arbeitsproduktivität ist allerdings in einer vom Wettbewerb angetriebenen Wirtschaft keine leichte Aufgabe. Die Richtung immerhin wird von der neoklassischen Ökonomie aufgezeigt, die im Rahmen der Ökosteuer-Diskussion bereits argumentative Hilfestellung leistet. Der Faktor Arbeit muß so weit verbilligt werden, daß die Kapitalintensivierung der Produktion nicht mehr weiter vorangetrieben und darüber hinaus der Faktor "Natur" durch Arbeit substituiert wird. So lassen sich durch sogenanntes Nullwachstum zwei Ziele gleichzeitig erreichen, nämlich "Vollbeschäftigung" und eine steigende Ressourcenproduktivität als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung.

Stationarität als Programm

Eine Strategie des bewußten Verzichts auf Wachstum gilt immer noch als riskantes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Experiment. Gleichwohl wirkt die als modern bezeichnete Wirtschaftspolitik ganz im Gegensatz zu ihren offiziell verkündeten Absichten schon seit rund 25 Jahren in Richtung Stagnation. Jedenfalls hat das gesamtwirtschaftliche Wachstum nicht Schritt halten können mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des Arbeitskräfteangebots. Der Wirtschafts-Nobelpreisträger Robert M. Solow hält das für eine immense Verschwendung von Ressourcen. Seiner Ansicht nach könnte das deutsche Bruttoinlandsprodukt sich auf einem um 5% höheren Niveau bewegen.⁶⁾ Die zuletzt vier Millionen Arbeitslosen und die sogenannte stille Reserve tragen so gesehen seit langem dazu bei, daß die Entwicklung nicht noch weiter vom Nachhaltigkeitsziel abweicht.⁷⁾

Der wichtigste Verbündete für ein auch zukünftig nur moderates Wachstum und gegen eine Rückkehr zu den ökologisch problematischen Wachstumsraten der sechziger Jahre ist die Europäische Zentralbank. Ihre Geldpolitik ist wie die der Deutschen Bundesbank darauf ausgerichtet, den Spielraum für das reale gesamtwirtschaftliche Wachstum zu begrenzen, und zwar zur Zeit auf rund 2.5%. Das ist die Wachstumsrate, welche vom geschätzten Produktionspotential aus betrachtet als spannungsfrei finanzierbar gilt. Die Wachstumsbegren-

⁶⁾ Vorgetragen auf dem internationalen CESifo-Symposium zur europäischen Arbeitslosigkeit in München (vergleiche Bericht in der *Süddeutschen Zeitung* vom 23. Juni 1999). Das wahre Ausmaß des Einkommens- und Produktionsverzichts durch die Arbeitslosigkeit wird erst deutlich, wenn der in den letzten 25 Jahren kumulierte Verzicht betrachtet wird. Er entspricht im großen und ganzen dem Sozialprodukt, den Realeinkommen und dem Materialdurchsatz eines Jahres.

⁷⁾ Im Gegensatz zu den vorher genannten Optionen (Arbeitszeitverkürzung, Drosselung der Produktivitätsentwicklung) hat die moderne Wirtschaftspolitik gewissermaßen die Option steigende Arbeitslosigkeit gewählt.

Die **neoklassische Ökonomie** bietet ein konsistentes Analyse-system, das sich durch formale Eleganz und einen hohen Abstraktionsgrad auszeichnet. Die Neoklassik ist hauptsächlich gekennzeichnet durch partialanalytische Gleichgewichtsmodelle (*ceteris paribus* als Bedingung), die Marginalanalyse (Grenznutzenbetrachtung, Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung) und durch die Annahme neutralen Geldes. Ihr analytischer Apparat gehört zum selbstverständlichen Rüstzeug aller Ökonomen. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit werden im wesentlichen in gemessen am Grenzprodukt der Arbeit zu hohen und undifferenzierten Löhnen gesehen. Das ergibt sich zwingend aus den Modellannahmen.

Der **Neoliberalismus** hat keine eigene theoretische Konzeption zu bieten. (Deshalb fehlt er auch im Stichwortverzeichnis der angeführten Literaturempfehlung.) Er stützt sich im wesentlichen auf zwei Einsichten: Erstens auf die neoklassischen Modellaussagen, die er in eine wirtschaftspolitische Botschaft transformiert (und deformiert). Wenn die Arbeitslosigkeit die Folge zu hoher Löhne (und zu hoher Lohnnebenkosten) ist, dann muß die Wirtschaftspolitik dafür sorgen, daß die Lohnfindungsprozesse individualisiert werden, also der Flächentarifvertrag und die Allgemeingültigkeitserklärung von Lohnabschlüssen abgeschafft und die sozialen Sicherungssysteme "heruntergefahren" werden. Zweitens auf eine Trivialinterpretation des nach dem Klassiker Jean-Baptiste Say benannten Theorems, wonach das Angebot seine eigene Nachfrage schafft. Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit muß daher die Angebotsseite beispielsweise durch Steuersenkungen gestärkt werden ("Angebotspolitik").

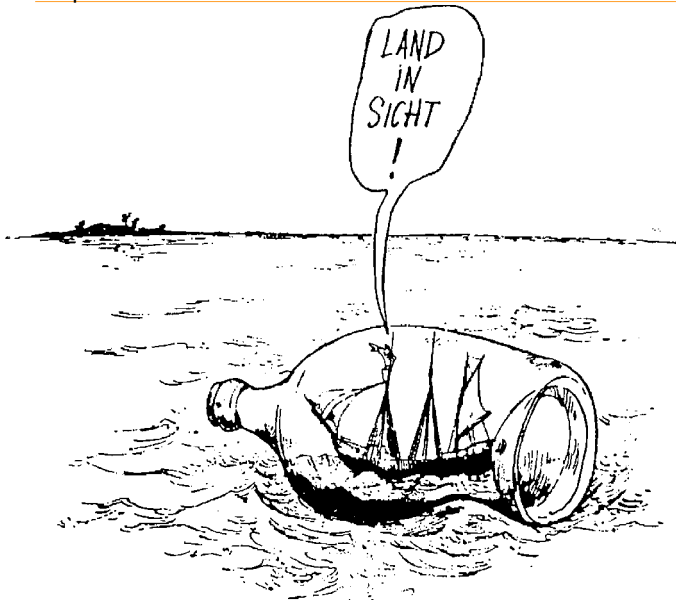
Literaturempfehlung: B. Ziegler: *Geschichte des ökonomischen Denkens – Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre*, Oldenbourg, München (1998).

zung über eine gesamtwirtschaftliche Finanzierungsschranke hat ihren besonderen Charme, weil sie bereits heute stabilitätspolitisch glaubhaft begründbar ist und kaum wahrgenommen wird, daß sie über entsprechend hohe Realzinsen eine unbekannte Zahl von Sachkapitalinvestitionen von vornherein unwirtschaftlich macht. Einen Schönheitsfehler hat diese Form der Wachstumsbegrenzung allerdings: sie begünstigt vor allem die kapitalintensiven und hochproduktiven Investitionen und damit eine Produktionsstruktur, die im Kern der ökologischen Nachhaltigkeit zuwiderläuft.

Der zweite strategische Parameter für die Begrenzung des Wirtschaftswachstums ist die Lohnpolitik. Sie wirkt auf zwei Ebenen in Richtung Stationarität, nämlich unmittelbar bei der Einkommensentwicklung und somit durch Begrenzung der Nachfrage auch nach natürlichen Ressourcen; mittelbar mindert sie den Rationalisierungsdruck und moderiert so die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Beide Tendenzen verstärken sich gegenseitig, so daß mittelfristig ein beachtlicher Beitrag zum ökologisch erstrebten Wachstumsverzicht erwartet werden kann.

Hilfreich ist dabei der neoklassische Zusammenhang zwischen Lohnsatz und Beschäftigung. Er hat das Schlagwort der lohnpolitischen Nullrunde auf die politische Agenda gehievt und den Weg für die Forderung bereitet, die Löhne viele Jahre hindurch nur noch deutlich unterhalb der Produktivitätsentwicklung steigen zu lassen. Besondere Chancen liegen in dem neuerdings heftig diskutierten Niedriglohnsektor. Mit Rückgriff darauf könnten die Lohnentwicklung insgesamt allmählich weiter gegen die Nulllinie gedrückt und eines Tages die bescheidenen US-amerikanischen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität erreicht werden.

Allerdings ist die herrschende Wirtschaftspolitik in bezug auf das lohnpolitische Abbremsen der Produktivitätsent-



wicklung nicht konsequent, denn parallel dazu wird versucht, den technischen (arbeitsparenden) Fortschritt und die ihm vorgelagerte Forschung voranzutreiben. Deshalb ist eine langfristig durchzuhaltende Strategie der Arbeitszeitverkürzung unverzichtbar. Im Prinzip muß sichergestellt werden, daß die nach wie vor zu beobachtenden Produktivitätssteigerungen im jeweiligen Folgejahr durch generelle Arbeitszeitverkürzungen kompensiert werden. Um dafür Akzeptanz zu gewinnen, ist es notwendig, alle Formen der Nichterwerbsarbeit gesellschaftlich aufzuwerten.

Der angetretene Weg führt in die richtige Richtung. Aber vieles muß noch geleistet werden. Vor allem sind die Ziele nicht offen gekennzeichnet und die Begriffe noch zu sehr vom Wachstumparadigma geprägt. Notwendig ist das klare Bekenntnis dazu, daß das, was immer noch verschämt als Wachstumspolitik deklariert wird, in Wahrheit bereits den Einstieg in die Stationarität einläutet. Für die Glaubwürdigkeit der Politik und die Rechtfertigung ihrer Ergebnisse ist es höchste Zeit, der Öffentlichkeit den bisher verdeckten Paradigmenwechsel zu vermitteln.

Ein Katalysator für die privatökonomische Wachstumsmaschine

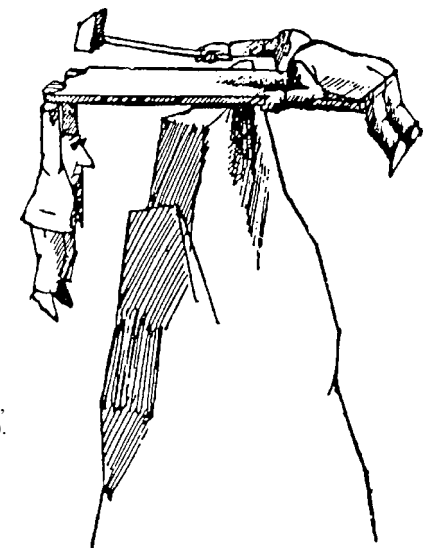
Der Glaube an die Stationarität als strategisches Element einer Politik der Nachhaltigkeit wird gespeist aus einer konfusen Gemengelage von Versatzstücken der ökonomischen Theorie, grundsätzlichen Vorbehalten gegen als ökonomistisch bezeichnete Fortschrittmuster und einer unreflektierten Wachstumsratenlogik. Das daraus folgende Zerrbild könnte etwa so skizziert werden: Es existiert ein privatökonomischer Wachstumsmotor, der Jahr für Jahr aus sich heraus die Produktion von "Sozialproduktsgütern" antreibt, den Materialdurchsatz steigert und die Emissionen vermehrt. Die Umweltpolitik hat in dieser Vorstellungswelt die Aufgabe, die abträglichen Folgen der Ökonomie zu kompensieren. Dem Wachstumsmotor wird gewissermaßen *end of pipe* ein Katalysator nachgeschaltet, der zur Erreichung von Nachhaltigkeit sogar mehr an Schadstoffen unschädlich machen muß, als durch das Wachstum zusätzlich erzeugt wird. Die ökologische Herausforderung besteht darin, diesen Katalysator zu entfernen und zu installieren. In dem Maße, wie Zweifel am Leistungs- und Durchsetzungsvermögen dieses "ökologischen Katalysators" bestehen, müssen die Drehzahlen des Wachstumsmotors gedrosselt werden.

Auch Neoliberale sind diesem dichotomistischen Zerrbild verhaftet. Sie ziehen daraus allerdings ganz andere Schlüsse.

Eine hohe Drehzahl des Wachstumsmotors ist für sie gerade die Voraussetzung dafür, daß die umweltpolitischen Kosten und Datensetzungen von der Privatökonomie verkraftet werden können. Sie wollen den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie durch mehr Wachstum lösen, so daß zumindest die *relative* Belastung des gesamtwirtschaftlichen Ergebnisses durch den Umweltschutz nicht steigt. Zudem sollen die umweltpolitischen Qualitätsziele so definiert werden, daß die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen möglichst gering sind. Im übrigen setzen sie auf den marktwirtschaftlichen Strukturwandel, der aus sich heraus den schonenden Umgang mit den knappen natürlichen Ressourcen bewirken soll. Neoliberale müssen unbeirrt glauben, daß dieser endogene Strukturwandel die Produktivität der gebrauchten Ressourcen weit über das hinaus zu steigern vermag, was das privatökonomische System bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität bisher zuwege gebracht hat. Im Vergleich dazu sind "ökologische Ökonomen" konservativ und setzen auf eine Strategie, die durch Wachstumsverzicht das Ausmaß des notwendigen Strukturwandels in Grenzen hält.

Ökologische Ökonomen oder genereller Umweltökonom haben das zur Konflikthypothese gehörende dichotomistische Muster nicht erfunden, sondern schlicht übernommen. Sie haben sich gegenüber der herrschenden Lehre als Anpasser geriert und lediglich versucht, ihre Perspektive darin unterzubringen. Deshalb kann sich die Auseinandersetzung mit dem Konfliktparadigma auf herrschende Begrifflichkeiten konzentrieren. Im Kern geht es um folgende Fragen: Was bringt Ökonomen dazu, die Einheit des ökonomischen Geschehens aufzubrechen und zwischen einem konstruktiven privatökonomischen und einem destruktiven öffentlichen Sektor zu unterscheiden? Inwiefern ist die Wachstumsrate des einen Sektors ein Problem für den anderen? Was bedeutet diese dichotomistische Sichtweise für die Hierarchie der Präferenzen? Weshalb werden die Präferenzen für Nachhaltigkeit von der Ökonomie anders behandelt als die auf private Güter gerichteten? Ist die Versorgung mit dem öffentlichen Gut Umweltqualität nur eine Randbedingung des privatökonomischen Fortschrittmusters?

Zur Beantwortung all dieser Fragen ist es nötig, auf das Erkenntnisinteresse der klassischen Nationalökonomie zurückzugreifen. Sie ist der weder damals noch heute trivialen Frage nachgegangen, ob und wie ein System, das aus vielen unabhängigen und allein über Preise verbundenen Akteuren besteht, zum Gleichgewicht tendiert, das heißt zu einem Zustand, in dem es endogen keine Tendenz zu Veränderungen gibt und keine Ressourcen brachliegen. Dabei wird das Marktgleichgewicht lediglich als analytisches Konstrukt vorgestellt, das sich am Ende von logischen ("zeitlosen") Anpassungsprozessen einstellt. Deshalb wird alles, was nicht unmittelbar



Die auf den Seiten 171 und 173 wiedergegebenen Karikaturen stammen aus dem Buch von Carl Böhret: *Folgen – Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen*, Leske + Budrich, Opladen (1990).

mit Märkten, handelbaren Gütern sowie marktlichen Preis- und Mengenanpassungen zusammenhängt, aus heuristischen Gründen richtigerweise ausgeblendet. In einem auf dieses Erkenntnisinteresse zugeschnittenen Modell haben öffentliche Güter und der öffentliche Sektor keine analytische Bedeutung. Diese Vorgehensweise ist wissenschaftlicher Standard. Alle Erkenntnisfortschritte der ökonomischen Theorie beruhen auf der Kunst des Weglassens, auf der Reduktion von Komplexität und auf der am Erkenntnisziel orientierten Modellbildung.

Allerdings ist die analytische Rationalität zugleich auch eine der Ursachen für falsche Diagnosen und das Versagen der Wirtschaftspolitik gegenüber den Problemen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. Das Elend liegt in der unreflektierten Gleichsetzung von Modellwelt und Realität. Das privatökonomische System wird als Abbild der Wirtschaft schlechthin verstanden und nur die Privatökonomie als Quelle des Wohlstands wahrgenommen. Dies ist der Hintergrund der vom neoliberalen Mainstream gepflegten *Dichotomie zwischen privatem und öffentlichem Sektor*, für die Trennung zwischen der Wachstumsrate des privatökonomischen Systems auf der einen und der des nachgeschalteten ökologischen Katalysators auf der anderen Seite. Ist die Konflikttheorie also schlicht die Folge des Unvermögens der Ökonomen, die Grenzen ihrer eigenen heuristischen Axiomatik zu erkennen?

Diskriminierung der Nachhaltigkeit

Ein vielgepriesener Vorzug der marktwirtschaftlichen Ordnung besteht in der Durchsetzung individueller Präferenzen über die kaufkräftige Nachfrage. Insoweit ist die Konsumentensouveränität gegen staatliche Bevormundung institutionell gewahrt. Allerdings gilt das unmittelbar nur für private Güter. Präferenzen für öffentliche Güter können nur über zwischengeschaltete demokratische Entscheidungsprozesse effektiv werden. Das ist unproblematisch, solange der Meinungsbildungsprozess auf eine konsistente Präferenzenstruktur zielt und von sachfremden Erwägungen freigehalten wird. Tatsächlich aber schleicht sich durch den dichotomistischen Ansatz der Ökonomie eine Kategorie ein, die mit Präferenzen nichts zu tun hat, sondern allein Folge eines theoretischen Konstruktions ist. Die Bereitstellung öffentlicher Güter "kostet" danach nicht nur die sonst mögliche Versorgung mit privaten Gütern, sondern verlangt auch den Verzicht auf gesamtwirtschaftliche Ziele, also auf Wachstum und mehr Beschäftigung. Die auf Nachhaltigkeit gerichteten Präferenzen müssen sich somit

nicht nur gegenüber anderen Präferenzen behaupten, sondern sich zusätzlich gegen negative gesamtwirtschaftliche Folgen durchsetzen. Das mindert selbstverständlich die Akzeptanz des Nachhaltigkeitszieles und diskriminiert diese Präferenz systematisch gegenüber allen auf private Güter gerichteten Präferenzen, bei denen sogar eine positive Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Zielerreichung unterstellt wird.⁸⁾

Neoliberalen und auf die mikroökonomische Fundierung großen Wert legenden Ökonomen müßte dieser Widerspruch zu ihrer eigenen Axiomatik eigentlich zu denken geben. Aber offenbar ist das dichotomistische Paradigma so tief in ihrem Denken verankert, daß sie ihn nicht einmal wahrnehmen. Das mag auch an der "einzelwirtschaftlichen Evidenz" liegen, die diese Konfusion verdeckt und bei der Umweltschutz nichts anderes bedeutet als zusätzliche Kosten, die nicht der Produktion privater Güter dienen und somit nichts zum privatökonomischen Wachstum beitragen. Diese konfuse Sichtweise hat sich in die umweltökonomische Analyse tief eingefressen und findet sich sogar in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Schon als in den vierziger Jahren das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgebaut wurde, sind die Weichen gegen das Gut Umweltqualität gestellt worden. Nach den damals von Statistikexperten vereinbarten Definitionen gehört es in die Kategorie der Vorleistungen, die konsistenterweise nicht zum realen Wachstum beitragen.⁹⁾ Es hat keine Chance, in den Kreis der Sozialproduktgüter aufgenommen zu werden. Ausgaben für den Umweltschutz erhöhen danach zwar das nominale Wachstum, doch wird dieses Wachstum durch den gesamtwirtschaftlichen Deflator, das heißt in realer Rechnung, wieder auf Null gebracht. Im Ergebnis gehen also die wirtschaftlichen Anstrengungen in Richtung Nachhaltigkeit schlicht wegen einer bestimmten statistischen Zuordnungsregel gewissermaßen im Deflator unter.¹⁰⁾ Ein Effekt, der von der ökonomischen und ökologischen Wachstumsdiskussion völlig übersehen wird und auch durch Ökosozialproduktrechnungen nicht behoben werden kann.

Die im Ergebnis fatale Dichotomie dominiert auch die Umweltökonomie. Die von der klassischen Ökonomie eingeführte Fixierung auf reine Marktprozesse und handelbare Güter trägt noch heute dazu bei, daß die umweltökonomischen Analysen ohne explizite Präferenzen für das öffentliche Gut Umweltqualität auskommen. Der Nutzen der Umweltqualität wird abgeleitet aus den Nutzen und Preisen herkömmlicher Güter. Und die Belastung der Umwelt wird abgeleitet aus der Produktion dieser Güter.¹¹⁾ Entsprechend muß bei der Entlastung der Umwelt darauf geachtet werden, daß die dafür aufzuwendenden (Vermeidungs-)Kosten nicht größer sind als die privatwirtschaftlichen Schadenskosten. Die Balance zwischen beiden ist der "optimale Verschmutzungsgrad". Das ist im Kern und trotz aller weiteren Differenzierungen die Herangehensweise der Umweltökonomie. Zumindest konsistent ist das. Warum auch sollte ein *non-good*, das nicht zum Wohlstand beiträgt und rechnerisch im Deflator verschwindet, mit einer expliziten, aus Präferenzen abgeleiteten Nachfragefunktion berücksichtigenswert sein?

Die Maßnahmen zur Erhaltung oder "Produktion" der natürlichen Lebensgrundlagen werden also von der herrschenden ökonomischen Lehre bedenkenlos in Verbindung gebracht mit Wachstumsverzicht, Arbeitslosigkeit und Inflation. Nachhaltigkeit und eine höhere Umweltqualität sind keine Güter und haben nichts mit Präferenzen zu tun. Konsequenterweise geht es der Umweltökonomie auch nur darum, die positiven und negativen Externalitäten so auszutarieren, daß die Versorgung mit privaten Gütern möglichst wenig negativ tangiert wird.

⁸⁾ In beiden Fällen kommt es also wegen des vom ökonomischen Mainstream vorausgesetzten Zusammenhangs mit gesamtwirtschaftlichen Funktionsbedingungen zu einer *Deformation* der Präferenzen.

⁹⁾ Vergleiche zu den dogmengeschichtlichen und statistischen Quellen dieser Definition H. Flassbeck, G. Maier-Rigaud: *Umwelt und Wirtschaft – Zur Diskriminierung des Umweltschutzes in der ökonomischen Analyse*, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze Nr. 88, Mohr/Siebeck, Tübingen (1982), insbesondere p. 20 ff.

¹⁰⁾ Am deutlichsten wird dieser Effekt beim homogenen Gut Elektrizität. Die milliardenteuren Investitionen für die Rauchgasentschwefelungsanlagen haben den Strom qualitativ nicht verbessert. Das gleiche Gut wird also nur mit höheren Kosten produziert. Steigende Strompreise müssen daher mit Inflation gleichgesetzt und für die reale Rechnung "deflationiert" werden. So verschwinden die Aufwendungen für weniger Emissionen *pro rata temporis* beim Übergang von der nominalen zur realen Rechnung.

¹¹⁾ Insofern ist der im Zentrum der Umweltökonomie stehende Externalitätenbegriff eine zur Produktion herkömmlicher Güter gehörende Kategorie. Dementsprechend wird "Umwelt" in der privatökonomischen Welt nur als "externer Effekt" auf die Produktion anderer Güter wahrgenommen. Anders gesagt: Der Externalitätenbegriff ist das ökonomische Substitut für das Gut Umwelt.

Der "optimale Verschmutzungsgrad" dient der Optimierung des privatökonomischen Systems, also jener Welt, deren selbstzerstörerisches Potential die ökologische Frage überhaupt erst hervorgebracht hat. Möglicherweise hat die Umweltpolitik der letzten 25 Jahre lediglich zu dieser Optimierung beigetragen. Jedenfalls ist auf der Basis der gravierenden analytischen Fehlleistungen eine Politik der Nachhaltigkeit weder darstellbar noch durchsetzbar. Sie kann nur als politische Semantik bezeichnet werden.

Minimierung des öffentlichen Sektors

Die Einteilung der Präferenzen in gute und schlechte, in solche, die auf private und solche, die auf öffentliche Güter gerichtet sind, ist von "Marktfundamentalisten" (George Soros) konsequent zu Ende gedacht worden. Entsprechend der dichotomistischen Sicht wird die Volkswirtschaft in einen privatökonomischen und einen öffentlichen Sektor aufgespalten. Doch nur die Privatökonomie, das heißt die Welt der privaten Akteure und handelbaren Güter ist produktiv. Nur sie ist Träger des ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Und da die Privatökonomie über Märkte gesteuert wird, die als effizient und zum Gleichgewicht führend vorgestellt werden, müssen die Ursachen für alle Störungen jenseits von Märkten und jenseits der Privatökonomie liegen.

Märkte, vom Kartoffelmarkt bis zum Arbeitsmarkt, funktionieren nicht, weil sie dem neoklassischen Ideal nicht entsprechen. Sie sind gefesselt durch Reglementierungen und stranguliert durch Kosten, die ihnen vom Staat in Form von Steuern, Sozialabgaben und Umweltauflagen aufgezwungen werden. Die Botschaft an die Wirtschaftspolitik heißt daher, schafft ideale Märkte, denn was auf einzelnen Märkten richtig ist, muß auch volkswirtschaftlich richtig sein. Entsprechend zielt die Wirtschaftspolitik auf Deregulierung und Kostenentlastung in der Erwartung, daß dadurch zusätzliche Gewinnmöglichkeiten eröffnet werden und sich das Angebot erweitert. Das Angebot schafft seine eigene Nachfrage (Jean-Baptiste Say, 1767–1832), so lautet der "*battle cry*" (Joseph A. Schumpeter) der tradierten und heute als modern bezeichneten Wirtschaftspolitik.

Der direkte Weg von den Wahrheiten der Unternehmen¹²⁾ zu den Verheißungen moderner neoliberaler Wirtschaftspolitik führt zwingend zur Minimierung der die Märkte störenden Faktoren. Dazu gehören nicht nur die Präferenzen für öffentliche Güter und alle darauf gerichteten Aktivitäten, sondern in letzter Konsequenz die Existenz des Staates überhaupt. Beachtenswert dabei ist, daß auch die moderne Wirtschaftspolitik den Staat ins Zentrum rückt. Geändert hat sich gegenüber der "alten" Wirtschaftspolitik lediglich das Vorzeichen. Das Heil liegt nun nicht mehr in der Ausdehnung, sondern in der ebenso falschen gesamtwirtschaftlich begründeten Ausdünnung des Staatskorridors, der Reduzierung der Staatsquote sowie von Steuerlast- und Sozialleistungsquote.

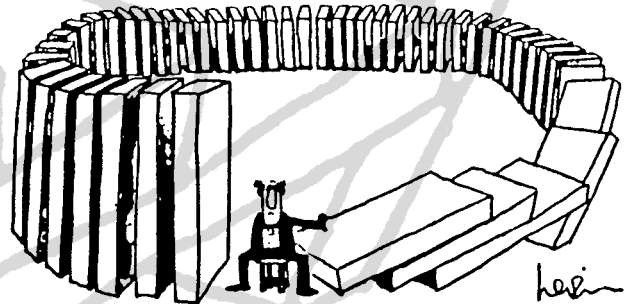
Für die Diskriminierung des Umweltschutzes lassen sich noch einzelne analytische Irrtümer anführen, die bei optimistischer Einschätzung der Kritikfähigkeit des Wissenschaftsbetriebes ausgemerzt werden könnten. Nimmt man jedoch die neoliberale Gedankenwelt insgesamt ins Bild, dann zeigt es sich, daß punktuelle analytische Korrekturen keine Chance haben. Die herrschende Lehre kann schon wegen der Konsistenz ihres Gebäudes das Gut Umweltqualität nicht anders behandeln als alle anderen öffentlichen Güter. Die Öffnung des Weges in Richtung Nachhaltigkeit setzt darum insgesamt die Überwindung des neoliberalen Dogmatismus voraus. Das aber ist eine Aufgabe, die nur die ökonomische Disziplin mit allen ihren Fachrichtungen zu leisten vermag. Die vom spezi-

ellen allokatorentheoretischen Aspekt herkommende Umweltökonomie kann diesen Paradigmenwechsel nicht leisten; sie greift zu kurz.

Der neoliberale Teufelskreis

Der Treibstoff für den privatökonomischen Wachstumsmotor kann nach neoliberaler Vorstellung nur von den Privaten und dem Staat geliefert werden. Für die Arbeitnehmer heißt das Verzicht auf Einkommen durch Verzicht auf Teilhabe am Produktivitätswachstum und für die Bürger allgemein Verzicht auf die Bereitstellung öffentlicher Güter. Mit dem beschäftigungs- und wachstumspolitisch begründeten Rückbau des öffentlichen Sektors ändert der Staat seine tradierte gesellschaftliche Funktion. Er wird vom Sachwalter der Gemeinschaftsgüter zum Dienstleister für Märkte und Unternehmen. Um dieser Rolle gerecht zu werden, muß sich der Staat grundlegend modernisieren und sein Verhältnis zur Wirtschaft *dauerhaft* neu ordnen. Und erst nachdem diese Strategie sichtbare Erfolge aufzuweisen hat, ist nach herrschender Lesart die Zeit beispielsweise für den ökologischen Umbau gekommen.

Wie aber stehen dann tatsächlich die Chancen für ein Politik der Nachhaltigkeit? Wie groß ist der Spielraum für eine ökologische Wirtschaftspolitik bei Vollbeschäftigung? Eine positive ökonomische Perspektive oder gar die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ändert für sich genommen noch nichts an den unterstellten Wirkungszusammenhängen. Um weiter steigende Umweltbelastungen zu vermeiden, bedarf es einer effektiven ökologischen Politik, die unvermeidlich mit zusätzlichen Kosten für das Gut Umweltqualität verbunden ist. Diese gefährden nun zwar nicht den Aufschwung, aber sie erhöhen das Risiko für einen erneuten Abschwung: Dem privatökonomischen Wachstumsmotor wird der Treibstoffhahn wieder abgedreht.



Es zeigt sich also, daß die neoliberale Wirtschaftspolitik in *keiner* gesamtwirtschaftlichen Situation eine Perspektive für eine Politik der Nachhaltigkeit bieten kann. Hält sie sich an ihre eigenen Befunde und Therapien, dann muß sie sich zu jeder Zeit gegen die Umweltpolitik und gegen die für den Strukturwandel notwendigen Bedingungen stemmen. So dreht sich diese Argumentation im Kreise. Das ökologische Opfer muß immer neu gefordert werden – sei es wegen der Verheißung eines Aufschwungs oder sei es wegen der Drohung eines Abschwungs. Der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie ist also auf Dauer etabliert und kann nach neoliberaler Einsichtsfähigkeit immer nur zu Lasten der Ökologie und der nachhaltigen Entwicklung entschieden werden. Eine wirtschaftspolitische Konzeption, die der privatökonomischen Rationalität unterliegt und deshalb allein den Kostenaspekt

¹²⁾ Vergessen ist Friedrich Lists Einsicht, wonach das, was in der Privatökonomie eine Tugend ist, in der Nationalökonomie eine Torheit sein kann und *vice versa*. Vergleiche F. List (1841): *Das nationale System der Politischen Ökonomie*, Ausgabe Stuttgart, Berlin (1925), p. 146 (14. Kapitel).

des Umweltschutzes im Blick hat, sollte nicht den Anspruch erheben, einen Beitrag zur Lösung des Problems der Nachhaltigkeit bieten zu können. Faktisch liefert sie eine marktökonomische Rechtfertigung für die Hinnahme ökologischer Katastrophen.

Versagt die wirtschaftsliberale Krisentherapie auch auf ihrem ureigensten Felde, erweist sich also der unterstellte Wirkungszusammenhang als Irrtum, dann gesellt sich zur ökologischen noch die ökonomische Katastrophe. Ein Ausweg aus den sich selbstverstärkenden negativen Synergieeffekten ist in der neoliberalen Logik nicht angelegt. Im Gegenteil. Aus einer hoch bleibenden oder in Schüben sogar weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit folgt immer nur, den Staat noch weiter zurückzunehmen, die Marktkräfte noch mehr zu entfesseln und die Sozialsysteme abzubauen. Jede Zielverfehlung trägt dazu bei, dem herrschenden Paradigma noch konsequenter zu folgen. Kritische Reflexionen der eigenen Konzeption, also sozusagen intellektuelle Selbstheilungskräfte sind im neoliberalen Bekenntnis nicht angelegt. Neoliberale sind Gefangene ihrer auf "Erlösungswissen"¹³⁾ beruhenden Verheißung, wonach der Weg durch das Tal der Tränen notwendig ist, um die blühenden Landschaften zu erreichen. Doch je länger dieser Marsch dauert, desto klarer tritt hervor, daß er im Kern ein Fundamentalangriff auf die ökonomische, soziale und ökologische Stabilität ist.

Da das neoliberale Krisenkonzept vielen Ökonomen als der letzte Stand ökonomischen Wissens gilt und Nachhaltigkeit darin nicht untergebracht werden kann, sehen sie sich gezwungen, von einer anderen Werthaltung aus das Wachstums- und Beschäftigungsziel selbst in Frage zu stellen. So läuft denn die Nachhaltigkeitsdiskussion auf eine Grundsatzdiskussion über die Wirtschaftsordnung hinaus. Vage Visionen stehen gegen handfeste Interessen, grüne Blaupausen gegen den neoliberalen Mainstream, Nachhaltigkeit gegen Wirtschaftswachstum, öffentliche Güter gegen das privatökonomische Fortschrittmuster. Der Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie wird damit akzeptiert, fortgeschrieben und politischen Konsensgesprächen überantwortet. Fatal ist das nur für die ökologische Seite, weil sie sich mit der Übernahme der Konfliktthese in eine ausweglose defensive Position begibt.

Ansatzpunkte für einen Neustart

Partialanalytische Ansichten und einzelwirtschaftliche Trivialitäten scheinen immer dann dominant zu werden, wenn sie am wenigsten den Problemen angemessen sind, das heißt in Zeiten krisenhafter gesamtwirtschaftlicher Situationen. Und weil positive Wirkungen einer daran orientierten Politik auf sich warten lassen, pflegen Ökonomen die Öffentlichkeit mit der Gewißheit zu trösten, daß es *auf Dauer* keinen anderen Weg gibt. Sie prognostizieren, daß das Meer dann, wenn der Sturm lange vorüber ist, wieder glatt sein wird. Aber die Geschichte der ökonomischen Analyse erschöpft sich nicht in solchen Verheißungen. Jenseits der jetzt herrschenden Ge-

mengelage von Lehrsätzen aus Neoklassik, Monetarismus und Angebotspolitik hat die Ökonomie einiges mehr zu bieten. Schon die grobe Durchsicht dieses "Angebots" reicht aus, um Ökologie und Nachhaltigkeit neu zu positionieren und aus der dichotomistischen Falle herauszuführen.

Es gibt eine herausragende solide ökonomische Tradition, die das Problem der Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsniveaus klar abtrennt von Problemen auf einzelnen Märkten, von Präferenzen und Strukturen. Auf die Frage, wie das von Arbeitsteilung, Geldwirtschaft, Wettbewerb und der Existenz von öffentlichen Gütern (Staat) konstituierte System Volkswirtschaft auf einem hohen Beschäftigungsniveau gehalten werden kann, gibt es ganz andere Antworten als auf die Frage, wie in diesem System die Präferenzen für private und öffentliche Güter durchgesetzt werden.

Das Niveauproblem, das heißt im Kern das Beschäftigungsproblem, wird bei den allgemeinen Systembedingungen angesiedelt, bezieht sich also auf die von der Geldpolitik, der Lohnpolitik und in Ausnahmen von der Finanzpolitik definierte Konstellation. Es geht somit um ein wirtschaftspolitisches Problem, das die Funktionsbedingungen des Systems Wirtschaft betrifft und das Erkenntnisinteresse der "Nationalökonomie" schlechthin ausmacht. Und dieses Problem existiert ganz unabhängig von individuellen Präferenzen und politischen Zielen, von Staatsquoten und technologischen Möglichkeiten sowie von der Effizienz auf einzelnen Märkten.

Die zweite Frage betrifft das Ziel der wirtschaftlichen Aktivität. Es geht hierbei um auf private *und* öffentliche Güter gerichtete Präferenzen sowie um den dafür zu optimierenden Produktionsprozess. Das ist das Thema der effizienten Allokation – zum Beispiel durch funktionsfähige Märkte – und das der Distribution. In diesen Kontext gehört die normative Entscheidung darüber, für welche Ziele die wirtschaftlichen Mittel eingesetzt werden sollen. Änderungen der Präferenzen etwa in Richtung Nachhaltigkeit sind dabei immer zugleich eine Entscheidung für den Verzicht auf andere Güter. Getreu der ursprünglichen liberalen oder individualistischen Sichtweise sollen gerade solche Entscheidungen frei von sachfremden Aspekten getroffen werden.

Diese dogmengeschichtlich dominierende Trennung zwischen der Niveau- und der Strukturfrage, also zwischen der Frage nach den Funktionsbedingungen des gesamtwirtschaftlichen Systems und derjenigen nach der Durchsetzung von Präferenzen (Was soll wachsen?) ist die *conditio sine qua non* für die Aufhebung des *neoliberalen Grundwiderspruchs zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit*. Nur so kann die verhängnisvolle Dichotomie von privatem und öffentlichem Sektor überwunden und Schluß gemacht werden mit der Instrumentalisierung öffentlicher Güter zur Lösung des Beschäftigungsproblems. Mit der Überwindung dieser Konfusion ist der Weg frei für die seriöse Auseinandersetzung mit dem Nachhaltigkeitsziel. Der Abwägungsprozeß findet allein zwischen Gütern statt und wird nicht zusätzlich belastet und deformiert durch das Nachhaltigkeitsziel diskriminierende ökonomische Konstrukte.

Ein solcher gedanklicher Befreiungsschlag für ökologische Ziele hat seine Entsprechung bei der gesamtwirtschaftlichen Steuerung. Der allgemeinen Wirtschaftspolitik werden billige Krisendiagnosen verwehrt. "Zuviel" öffentliche Güter, das heißt "zu hohe" Präferenzen der Bürger für Umweltschutz und Nachhaltigkeit können nicht mehr als Ausrede für die Massenarbeitslosigkeit herangezogen werden. Krisendiagnose und -therapie werden richtigerweise auf den makroökonomischen Bedingungsrahmen gerichtet, also im wesentlichen auf die Geld- und Lohnpolitik.

¹³⁾ A. Rüstow: *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*, 2. Auflage, Küpper vormals Bondi, Bad Godesberg (1950), p. 40: »Alles in allem steht es demnach so, daß die theoretische Nationalökonomie, die liberale Theorie der Marktwirtschaft, keineswegs als reines Leistungswissen ihre geistesgeschichtliche Laufbahn antrat, sondern daß sie ursprünglich sehr stark den Charakter des *Erlösungswissens* trug, ...« (Hervorhebung im Original). Alexander Rüstow setzt sich in diesem Werk mit den "wirtschaftstheologischen" Bezügen des Liberalismus auseinander und beklagt den für den Liberalismus verhängnisvollen Absolutheitsanspruch. Seine Kritik bezieht sich unter anderem auf den "Glückseligkeitsdusel", den "Unbedingtheitsaberglauben" und die "Soziologieblindheit" des vulgären Liberalismus.

Mit dieser Rückkehr zum ökonomischen Mainstream aus dogmengeschichtlicher Sicht löst sich der neoliberale Grundwiderspruch auf. Die Präferenzen für private und öffentliche Güter können wieder ins Zentrum des wirtschaftlichen Entscheidungsfeldes rücken. Die Marktwirtschaft kann wieder zu dem werden, was ihr nicht zuletzt von neoliberaler Seite als besonders positiv zuerkannt wird, nämlich ein Wirtschaftssystem, das wie kein anderes auf Präferenzen und Präferenzänderungen reagiert und ausgerichtet ist.

In einer konsistenten Präferenzordnung gibt es keine Konflikte, sondern nur Opportunitätskosten. Gerade Neo- und andere Liberale sollten deshalb aufhören, beispielsweise die Präferenz für eine nachhaltige Entwicklung mit der Drohung zu verbinden, ihre Durchsetzung koste prinzipiell zugleich Beschäftigung und Wachstumsdynamik. Und ökologisch orientierte Ökonomen sollten sich klar werden, daß sie keine gesamtwirtschaftliche Verantwortung übernehmen können, weil wirtschaftspolitische Fehlleistungen weder durch den Verzicht auf eine nachhaltige Entwicklung noch durch eine forcierte Umweltpolitik korrigiert werden können. Alle Überlegungen in solche Richtungen heißen nur, den neoliberalen Grundwiderspruch unreflektiert zu akzeptieren und sich dadurch in eine umweltpolitische Sackgasse manövrieren zu lassen.

Eine ökologische Wachstumsoffensive

Hohe Wachstumsraten und eine steigende Arbeitsproduktivität sind nicht Ziel, sondern Ergebnis der Anstrengungen aller zur Verbesserung ihrer Lebensumstände. Ob die indivi-



Gerhard Maier-Rigaud: Geboren 1940 in Heilbronn am Neckar. Studium der Volkswirtschaftslehre in Karlsruhe und Tübingen; Assistent an der Universität Stuttgart-Hohenheim; Promotion zum Dr. oec. 1970. Tätigkeiten in der OECD, der Bundesverwaltung und in Forschungsinstituten. Autor zahlreicher Artikel und Monographien zur Umwelt- und Wirtschaftspolitik: unter anderem *Umweltpolitik in der offenen Gesellschaft* (1988); *Ecological Economics*

and *Global Change – Aspects of Research* (1991); *Umweltpolitik mit Mengen und Märkten – Lizenzen als konstituierendes Element einer ökologischen Marktwirtschaft* (1994); *Schritte zur ökologischen Marktwirtschaft* (1997).

duellen Anstrengungen erfolgreich sind, hängt in komplexen arbeitsteiligen Geldwirtschaften ganz entscheidend vom koordinierten Handeln der Akteure Staat, Tarifvertragsparteien und Zentralbank ab. Sie setzen die Bedingungen dafür, daß jeder, der zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Situation arbeiten will, auch Arbeit findet. Makroökonomische Politik und individuelle Anstrengungen determinieren die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist frei, das in der Regel wachsende ökonomische Potential für beliebige Zwecke einzusetzen. Demokratisch legitimierte Entscheidungen können dazu führen, die Freizeit höher zu bewerten als Einkommen und den Produktivitätsfortschritt für die Verkürzung der Arbeitszeit zu verwenden. Die wachsenden wirtschaftlichen Möglichkeiten können aber auch für die weitere Steigerung der materiellen Güterversorgung benutzt werden. Auch hat das Gemeinwesen die Freiheit, die Versorgung mit öffentlichen Gütern zu erhöhen. Oder es kann sich dafür entscheiden, mehr für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen. Bei allen diesen individuellen und gesellschaftlichen Entscheidungen ist nur eine triviale Restriktion zu beachten: die von den realen Produktionsmöglichkeiten gezogene Grenze.

Durch die Effizienz des privatökonomischen Systems sind in den letzten 200 Jahren die wirtschaftlichen Möglichkeiten in früher ungeahnter Weise gestiegen. Die Erfolge bei der Überwindung von Knappheiten waren so groß, daß die Belastbarkeitsgrenzen des Planeten erreicht und überschritten worden sind. Ein neues Zeitalter fundamentaler Knappheit ist angebrochen. Zur Anpassung an diese Knappheit sind gewaltige ökonomische Potentiale erforderlich. Um sie zu erschließen, müssen alle Ressourcen effizient eingesetzt werden. Verschwendung kann sich die Gesellschaft auf ihrem Weg in Richtung Nachhaltigkeit nicht leisten. *Die Ausweitung der wirtschaftlichen Möglichkeiten ist für den ökologischen Strukturwandel von entscheidender Bedeutung.*

Eine kritische Distanz zur "Wachstumspolitik" impliziert immer einen Vorbehalt gegen die Ausschöpfung von wirtschaftlichen Möglichkeiten und muß im Ergebnis gar als ein Plädoyer für Verschwendung verstanden werden. Ein organisiertes Null-Wachstum heißt, sich gegen alle Präferenzen zu stellen und das Streben nach Verbesserung der Lebensumstände diktatorisch zu verhindern. Das alles ist individuell nicht vermittelbar, politisch nicht durchhaltbar und ökologisch kontraproduktiv. *Die Politik der Nachhaltigkeit muß sich von jedem Verdacht freihalten, den Verzicht auf Entwicklungschancen zu propagieren oder vorauszusetzen.* Das ist keine taktische Frage, sondern eine der elementaren Bedingungen für die Positionierung der Umweltpolitik in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Sorge um die ökologischen Konsequenzen des Wachstums ist gleichwohl berechtigt. Das von privatökonomischen Interessen diktierte Wachstum ist in der Tat selbstzerstörend. Es entzieht den zukünftigen Generationen schleichend aber systematisch die Lebensgrundlagen. Und weil die herrschende neoliberale Logik gegen den Weg in die ökologische Katastrophe nichts anzubieten hat, erscheint eine Strategie des Wachstumsverzichts als einzig mögliche Alternative. Der Versuch, diese "Alternative" inhaltlich auszufüllen, also nach Möglichkeiten jenseits des Wachstums zu suchen, eine ökologische Ökonomie als eigenständige Disziplin zu etablieren und gesellschaftliche Visionen zu entwickeln, welche Arbeitslosigkeit als vermeintlichen Preis der Nachhaltigkeit erträglich machen, kann aber nur dazu führen, die neoliberale Konfusion gegen eine "ökologische" einzutauschen. Das aber heißt, die alten Holzwege der Ökonomie erneut zu beschreiten.

Es geht nicht darum, dem privatökonomischen System einen ökologischen Katalysator nachzuschalten. Das Wachstum insgesamt muß stärker den auf Nachhaltigkeit gerichteten Präferenzen unterworfen werden. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten müssen für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen eingesetzt werden. *Das Nachhaltige muß wachsen!* Engagement für ökologische Ziele ist dafür nicht hinreichend. Essentiell ist vielmehr die Emanzipation vom herrschenden neoliberalen Muster, von der Konflikthypothese und von der Diskriminierung des öffentlichen Gutes Umweltqualität durch den dichotomistischen Ansatz. Ein demokratisches Gemeinwesen, dem das nicht gelingt, welches nicht fähig ist, darüber zu entscheiden, was wachsen soll, versagt gegenüber seiner Verantwortung für zukünftige Generationen. Und das Predigen von Wachstumsverzicht mag daran sogar mitschuldig sein.



Gerhard Maier-Rigaud

Alfter bei Bonn

E-Mail: maierrig@indiana.edu

<http://I-ASK.home.pages.de>

Wer dazu etwas einwenden,
bemerken oder fragen möchte,
ist eingeladen, den Disput
im GAIAforum fortzusetzen (MOS).